

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stefan Liebich, Katrin Werner, Niema Movassat, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/2526 –**

Haltung der Bundesregierung zur politischen Situation in Thailand**Vorbemerkung der Fragesteller**

Vom 12. März bis 19. Mai 2010 demonstrierte die „Vereinigte Front für Demokratie und gegen Diktatur“ (UDD) in der thailändischen Hauptstadt Bangkok, um die Regierung zu Neuwahlen zu bewegen. Premierminister Abhisit Vejjajiva von der Democrat Party war, nachdem seine Partei seit 2001 alle Wahlen in Thailand verloren hatte, im Dezember 2008 nach Meinung der Demonstranten illegitim ins Amt gekommen, nachdem das Oberste Gericht die demokratisch gewählte Regierungspartei People's Power Party (PPP) verboten und das Militär die Regierung aufgelöst hatte. Zuvor war die Regierung der PPP durch gewalttätige Unruhen der extremistisch monarchistischen Volksallianz für Demokratie (PAD) unter Führung von Abgeordneten der Democrat Party systematisch destabilisiert worden.

Bereits im Juni 2006 war in Thailand eine demokratisch gewählte Regierung – die des Premierministers Thaksin Shinawatra, der sowohl 2001 als auch 2005 die Wahlen mit großem Vorsprung gewonnen hatte – aus dem Amt geputscht worden. Seine Partei Thai Rak Thai war 2007 ebenfalls aufgelöst, über 110 Politiker der aufgelösten Regierungsparteien waren mit dem Verbot weiterer politischer Betätigung belegt worden.

Im April und Mai 2010 wurden bei Zusammenstößen von Demonstranten der UDD und Militär- und Sicherheitskräften über 100 Demonstranten getötet und über 2 000 verletzt. Ein großer Teil der Toten ist auf extralegale Hinrichtungen durch Scharfschützen des Militärs zurückzuführen. Sicherheitsbeamte, die an den Aktionen gegen die Demonstranten beteiligt waren, sind jedoch durch Immunität durch Strafverfolgung geschützt, während Anführer des Protestes wegen Terrorismus vor Gericht gestellt werden.

Unterdessen sind auch zwei Jahre nach der monatelangen Besetzung der Regierungsgebäude und der Blockierung der internationalen Flughäfen durch die Anhänger der PAD keine Strafverfahren gegen Beteiligte eingeleitet worden, einige von ihnen stiegen sogar in hohe Positionen in der neuen Regierung auf.

Die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) arbeitet in Thailand eng mit der Democrat Party zusammen. Von einer kritischen Stel-

lungnahme der FNF bezüglich der Putsche von 2006 und 2008 oder anlässlich des brutalen Vorgehens gegen die Demonstranten im Frühjahr 2010 ist hingegen nichts bekannt. Im Gegenteil: Die Programmdirektorin der FNF in Bangkok, Girawadee Khao-orn, gab nach dem Putsch von 2006 auf der Homepage der Stiftung (www.freiheit.org) folgende Einschätzung ab:

„Kann diese positive Einstellung der Bevölkerung als eine Legitimation des Militärputsches gesehen werden? Seit zwei Tagen beschäftige ich mich mit dieser Frage. Als Politologin kann ich nur sagen, dass ein Militärputsch undemokratisch ist. Soldaten und Panzer gehören nicht auf die Straßen sondern in die Kasernen. Eine gewählte Regierung sollte nur durch eine Wahl abgelöst werden. Auf der anderen Seite habe ich nicht das Gefühl, dass die politische Lage in Thailand sich verschlechtert hat. Thailand mit Premier Thaksin war auch nicht demokratischer als jetzt. Durch seine Beeinflussung wurden fast alle demokratischen Institutionen lahmegelegt. Wie es weiter geht mit der Demokratie in Thailand, kann erst in zwei Wochen beurteilt werden, wenn die Frist, die sich das Militär selbst gesetzt hat, abgelaufen ist. Mit anderen Worten: wait and see.“

Auf einem Seminar der FNF anlässlich des Thailand-Besuchs des damaligen Bereichsleiters für Internationale Zusammenarbeit und Politikberatung der Stiftung und heutigen Abteilungsleiters im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Jahr 2007 wurde bei der Vorstellung der Projektarbeit der FNF in Thailand („Thailand Project“) der Putsch von 2006 als „notwendiges Übel“ dargestellt.

1. Wie bewertet die Bundesregierung das Zustandekommen des Regierungswechsels Ende 2008 in Thailand?

Von welchen Erwägungen, die mit den Umständen des Regierungswechsels im Zusammenhang stehen, lässt sich die Bundesregierung in ihrem Umgang mit der thailändischen Regierung leiten?

Die thailändische Koalitionsregierung von Ministerpräsident Abhisit Vejjajiva besteht aus sechs Parteien, deren Abgeordnete in allgemeinen und freien Wahlen am 23. Dezember 2007 für eine Legislaturperiode von vier Jahren gewählt wurden. Nach dem Koalitionswechsel kleinerer Parteien von der Puea Thai Party zur Democrat Party im Dezember 2008 trat die Regierung von Ministerpräsident Abhisit Vejjajiva ihr Amt am 20. Dezember 2008 an. Die Bundesregierung bewertet diesen Regierungswechsel als einen in Demokratien üblichen parlamentarischen Vorgang, der keine besonderen Erwägungen im Umgang mit der thailändischen Regierung nach sich zieht.

2. Was unternimmt die Bundesregierung, um eine Rückkehr Thailands zu demokratischen Verhältnissen zu unterstützen?

Die thailändische Demokratie weist auch Defizite auf, die von der thailändischen Regierung und der Mehrzahl der im Parlament vertretenen Parteien offen angesprochen werden und um deren Behebung sie sich bemühen. Die Bundesregierung – gemeinsam mit ihren EU-Partnern – beobachtet die Vorgänge aufmerksam. Der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, hat zuletzt am 5. Juli 2010 im Gespräch mit dem thailändischen Außenminister Kasit Piromya die Erwartungen der Bundesregierung an eine demokratische Entwicklung Thailands und die gerechte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen unterstrichen. Auch die in Thailand vertretenen deutschen politischen Stiftungen (dies sind alle mit Ausnahme der Rosa-Luxemburg-Stiftung) begleiten und fördern diesen Prozess in langjähriger Zusammenarbeit.

3. Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um der Forderung aus dem EU-Parlament und breiten Teilen der ausländischen Öffentlichkeit sowie eines großen Teils der thailändischen Bevölkerung Nachdruck zu verleihen, schnellstmöglich Neuwahlen in Thailand durchzuführen?

Die Entscheidung über vorzeitige Neuwahlen vor dem regulären Ablauf der Legislaturperiode im Dezember 2011 liegt bei der thailändischen Regierung. Ministerpräsident Abhisit Vejjajiva hatte während der Demonstrationen am 3. Mai 2010 einen Vorschlag zur Durchführung von Neuwahlen schon im November 2010 vorgelegt, der von der Oppositionsbewegung zurückgewiesen wurde. Die Bundesregierung hat wiederholt ihrer Hoffnung auf baldige Neuwahlen Ausdruck verliehen.

4. Brachte die Bundesregierung Protestnoten gegen die extralegalen Hinrichtungen im April und Mai 2010 durch das thailändische Militär bei der thailändischen Regierung vor?

Die Ursachen und die Verantwortung für den Tod von Demonstranten und Sicherheitskräften während der Demonstrationen zwischen dem 24. März und dem 19. Mai 2010 sind ungeklärt. Die thailändische Regierung hat hierzu eine Untersuchungskommission eingesetzt. Die Bundesregierung und die Europäische Union haben wiederholt auf die Notwendigkeit einer schnellen und glaubwürdigen Untersuchung der Todesfälle hingewiesen.

5. Falls nein, auf welche andere Weise brachte die Bundesregierung ihre Besorgnis über die bzw. Kritik an den extralegalen Hinrichtungen gegenüber der thailändischen Regierung zum Ausdruck?

Auf die Antwort zu Frage 4 wird verwiesen.

6. Wie verhält sich die Bundesregierung zu der Tatsache, dass die thailändische Regierung mit der Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes bis Ende dieses Jahres gegen den Artikel 4 der auch von der thailändischen Regierung ratifizierten Bürgerrechts-Charta der Vereinten Nationen verstößt?

Artikel 4 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 gibt den Vertragsstaaten die Möglichkeit, im Falle eines öffentlichen Notstandes, der das Leben der Nation bedroht und der amtlich verkündet ist, Maßnahmen zu ergreifen, die ihre Verpflichtungen aus diesem Pakt in dem Umfang, den die Lage unbedingt erfordert, außer Kraft setzen, vorausgesetzt, dass diese Maßnahmen ihren sonstigen völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht zuwiderlaufen und keine Diskriminierung allein wegen der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion oder der sozialen Herkunft enthalten.

Jeder Vertragsstaat, der dieses Recht, Verpflichtungen außer Kraft zu setzen, ausübt, hat nach Artikel 4 Absatz 3 den übrigen Vertragsstaaten durch Vermittlung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (VN) unverzüglich mitzuteilen, welche Bestimmungen er außer Kraft gesetzt hat und welche Gründe ihn dazu veranlasst haben. Auf demselben Wege ist durch eine weitere Mitteilung der Zeitpunkt anzugeben, in dem eine solche Maßnahme endet. Thailand hat auf dieser Grundlage am 14. April 2010 eine Erklärung abgegeben, über die die Bundesregierung durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen am 14. April 2010 informiert wurde.

7. Hat sich der deutsche Botschafter in Bangkok oder ein anderer Vertreter der deutschen Botschaft den diplomatischen Vertretern anderer Länder angeschlossen, die am 23. April 2010 gemeinsam die Demonstration besuchten, um sich einen Eindruck zu verschaffen und Vermittlung anzubieten?

Falls nein, warum nicht?

Auf Einladung der parlamentarischen Oppositionspartei PTP (Puea Thai Partei) nahm ein Vertreter der Deutschen Botschaft in Bangkok an einer Informationsveranstaltung zu den Demonstrationen in der Parteizentrale der PTP am 23. April 2010 teil. Auf den Besuch der Demonstrationen vor Ort wurde im Hinblick auf das zwischenzeitlich erfolgte Verbot der Demonstrationen und in Abstimmung mit Botschaften anderer EU-Mitgliedstaaten verzichtet.

8. Wurde dem vom Militär gestürzten Ministerpräsidenten Thaksin Shinawatra mit dessen thailändischem Reisepass ein Einreiseverbot nach Deutschland erteilt?

Thaksin Shinawatra ist in der für die Grenzfahndung national geführten Datei zum Zwecke der Zurückweisung ausgeschrieben.

9. Falls ja, wer war für die Prüfung und Durchsetzung verantwortlich?

Aus welchem Grund wurde der Visumantrag negativ beschieden?

Gibt es ein Rechtsgutachten, welches die in Thailand gefällten Urteile gegen ihn nach demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen geprüft hat, und kann dieses veröffentlicht werden?

Die in der Antwort zu Frage 8 angesprochene Ausschreibung von Thaksin Shinawatra hat die Bundespolizei nach gemeinsamer Prüfung durch das Auswärtige Amt und das Bundesministerium des Innern vorgenommen. Thaksin Shinawatra hat nach Kenntnis des Auswärtigen Amts bei keiner deutschen Auslandsvertretung einen Visumantrag zur Einreise nach Deutschland gestellt. Ein Rechtsgutachten zu den Urteilen ist der Bundesregierung nicht bekannt.

10. Beabsichtigt die Bundesregierung den derzeitigen stellvertretenden Ministerpräsidenten der thailändischen Regierung Suthep Thaugsuban, der den Krisenstab leitete, der für die Schüsse auf unbewaffnete Zivilisten während der Demonstrationen des Frühjahrs 2008 verantwortlich ist, auf eine Liste der unerwünschten Personen zu setzen?

Wenn nicht, warum nicht?

Wird die Bundesregierung diesen Schritt tun, falls es in einem EU-Land eine Anklage wegen Mord und Mordversuch gegen ihn gibt?

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, auf welche Demonstrationen im Frühjahr 2008 sich die Frage bezieht. Im Frühjahr 2008 war der jetzige stellvertretende Ministerpräsident Suthep Thaugsuban einfacher Abgeordneter. Gründe für eine Qualifizierung als unerwünschte Person sind nicht ersichtlich. Überlegungen anderer EU-Mitgliedstaaten, gegen Suthep Thaugsuban Anklage zu erheben, sind der Bundesregierung nicht bekannt.

11. Plant die Bundesregierung die kommandierenden Generäle, die für die Tötungen von unbewaffneten Zivilisten die Verantwortung tragen zu unerwünschten Personen zu erklären?

Wird die Bundesregierung diesen Schritt tun, falls es in einem EU-Land eine Anklage wegen Mord und Mordversuch gegen die Generäle gibt?

Auf die Antwort zu Frage 4 wird verwiesen.

12. Kann die Bundesregierung ausschließen, dass bei den Zusammenstößen von Demonstranten der UDD und Militär- und Sicherheitskräften, bei denen über 100 Demonstranten getötet und über 2000 verletzt wurden, Waffen aus deutschen Lieferungen zum Einsatz kamen (bitte begründen)?

Die Bundesregierung verfügt über keine Aufstellung der von Militär- und Sicherheitskräften eingesetzten Waffen und kann daher auch nicht beurteilen, ob und in welchem Umfang sich darunter aus Deutschland gelieferte Waffen befanden. Die Bundesregierung prüft alle Ausfuhrgenehmigungen für die Lieferung von Rüstungsgütern nach Thailand im Einzelfall u. a. anhand der Kriterien 2 (Menschenrechte) und 3 (innere Lage) des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944 der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik des Rates vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle von Militärtechnologie und Militärgütern und berücksichtigt dabei alle zur Verfügung stehenden Quellen.

13. Wird sich die Bundesregierung für einen Stopp deutscher Lieferungen von Waffen oder von Dual-Use-Gütern nach Thailand einsetzen, und wie plant sie, dies zu tun?

Die Bundesregierung verfolgt gegenüber Drittstaaten grundsätzlich eine restriktive Rüstungsexportkontrollpolitik auf Basis ihrer Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern sowie des Gemeinsamen Standpunktes des Rates betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern vom 8. Dezember 2008 (aktualisierter und gestärkter EU-Verhaltenskodex). Dabei gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung. Die Verhängung eines Waffenembargos gegenüber Thailand ist derzeit nicht beabsichtigt.

14. Wird sich die Bundesregierung in der EU für ein Verbot von Waffenlieferungen an Thailand einsetzen?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

15. Wie viele Genehmigungen für den Export von welchen Rüstungsgütern nach Thailand hat die Bundesregierung seit 2006 erteilt, und welche Rüstungsgüter wurden tatsächlich exportiert (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren und Genehmigungswert)?

Die Bundesregierung veröffentlicht seit 1999 jährlich einen Rüstungsexportbericht, in dem jeweils die Rüstungsexporte aus Deutschland in einzelne Länder aufgeführt sind.

Die nachfolgende Übersicht wurde den Rüstungsexportberichten 2006 bis 2008 entnommen. Die Daten für 2009 werden im Rüstungsexportbericht 2009 veröffentlicht werden. Daten über die tatsächlichen Ausfuhren liegen nur für Kriegswaffen vor.

Zu den einzelnen Zahlen wird auf die Anlage verwiesen:

2006

Anzahl der Genehm.	Gesamtwert in Euro	Al-Pos.	Darstellung der Hauptanteile an den genehmigten Gesamtwerten in Prozent
59	17 876 988	A0001 A0002 A0003 A0005 A0006 A0007 A0009 A0010 A0011 A0013 A0014 A0018 A0021	Schiffsbrückensimulator und Schieß- und Gefechtsimulator für Panzer (A0014/82,9 %)

2007

Anzahl der Genehm.	Gesamtwert in Euro	Al-Pos.	Darstellung der Hauptanteile an den genehmigten Gesamtwerten in Prozent
45	7 255 623	A0001 A0002 A0003 A0006 A0007 A0009 A0010 A0011 A0013 A0018 A0021 A0022	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Kreiselkompasssysteme, Radaranlagen, Frequenzumformer (A0011/51,2 %); Panzerstahlbleche, Körperschutzwesten und Einschübe für Körperschutzwesten (A0013/19,0 %); LKW und Teile für Panzer und gepanzerte Fahrzeuge (A0006/12,4 %)

2008

Anzahl der Genehm.	Gesamtwert in Euro	Al-Pos.	Darstellung der Hauptanteile an den genehmigten Gesamtwerten in Prozent
66	13 421 579	A0001 A0002 A0003 A0004 A0005 A0006 A0007 A0009 A0010 A0011 A0013 A0014 A0015 A0016 A0018 A0021 A0022	U-Boot Simulator (A0014 / 52,1%); Teile für Trainingsflugzeuge (A0010 / 18,7%); Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Lenkausrüstung, Frequenzumformer und Teile für Radaranlagen, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Lenkausrüstung, statische Inverter (A0011 / 17,9%)

2009

Anzahl der Genehm.	Gesamtwert in Euro	AI-Pos.	Darstellung der Hauptanteile an den genehmigten Gesamtwerten in Prozent
67	27 471 705	A0001 A0002 A0004 A0005 A0006 A0007 A0009 A0010 A0011 A0013 A0018 A0021 A0022	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Wandelfeldröhre und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Frequenzumformer (A0011 / 48,4%); Teile für Unterwasserortungsgeräte (A0009 / 31,6%); Panzerplatten, Panzeranzüge, Schutzausrüstung und Teile für Schutanzüge (A0013 / 8,0%)

Einzelgenehmigungen für Kleinwaffen nach Thailand in den Jahren 2006 bis 2009 (hierbei handelt es sich um eine Teilmenge von den oben aufgeführten Ausfuhr genehmigungen)

„Kleinwaffen“ umfassen:

Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Maschinengewehre, Flinten für militärische Zwecke, Waffen für hülsenlose Munition und Teile für diese Waffen.

Jahr	Genehmig. gesamt	AL-Position	Wert in Euro	Bezeichnung	Stück
2006	7	0001A-02 0001A-05	15 270 18 718 63 500 3 180	Gewehre mit KWL-Nummer Bestandteile dafür Maschinenpistolen Bestandteile dafür	10 815 41 84
2007	–		–		–
2008	6	0001A-02 0001A-05	13 501 42 770 1 555	Bestandteile für Gewehre mit KWL-Nummer Maschinenpistolen Bestandteile dafür	424 28 35
2009	5	0001A-02	184 137	Bestandteile für Gewehre mit KWL-Nummer	10 686

Hinweis:

Die Bundesregierung prüft auch Ausfuhr genehmigungen für die Lieferung von Kleinwaffen an thailändische Stellen im Einzelfall u. a. anhand der Kriterien 2 (Menschenrechte) und 3 (innere Lage) des Gemeinsamen Standpunkts (vergleiche Antwort zu Frage 12).

Genehmigungen konnten insbesondere für Zwecke des Personenschutzes und des Schutzes von diplomatischen Vertretungen und touristischen Einrichtungen erteilt werden. In verschiedenen anderen Fällen wurden Genehmigungen nicht erteilt bzw. Ablehnungen ausgesprochen.

Tatsächliche Ausfuhren von Kriegswaffen nach Thailand

Jahr	Wert in 1 000 Euro
2006	74
2007	0
2008	46
2009	2

16. Welche Formen der polizeilichen und militärischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Thailand haben seit 2006 stattgefunden?

Ziel der militärpolitischen und militärischen Zusammenarbeit ist es, die Streitkräfte des strategisch defensiv ausgerichteten Thailands mit unserem Verständnis von Streitkräften in der Demokratie vertraut zu machen und ihnen die damit einhergehende Führungskultur zu vermitteln. Im Schwerpunkt der Zusammenarbeit steht die militärische Ausbildungshilfe für Thailand. Daneben wird ein jährliches Kooperationsprogramm durchgeführt, das gegenseitige Informationsbesuche und Fach- und Expertengespräche zu unterschiedlichen militärpolitischen und militärischen Themengebieten beinhaltet. Aufgrund des Militärputsches wurden im Oktober 2006 alle hochrangigen militärpolitischen und militärischen Kontakte ausgesetzt. Diese Einschränkungen wurden nach der Regierungsbildung am 6. Februar 2008 wieder aufgehoben. In dem genannten Zeitraum hat keine polizeiliche Zusammenarbeit stattgefunden.

17. Plant die Bundesregierung, die Initiative der Vereinten Nationen und des EU-Parlaments nach Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission mit internationaler Beteiligung zu unterstützen, und wird sie dabei auch mögliche Sanktionen in Betracht ziehen, falls der thailändische Staat die Zusammenarbeit verweigert?

Eine Initiative der Vereinten Nationen oder des Europäischen Parlaments zur Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission mit internationaler Beteiligung sowie gegebenenfalls eine Forderung nach Sanktionen sind der Bundesregierung nicht bekannt. Das Europäische Parlament hat in seiner am 20. Mai 2010 verabschiedeten Resolution zu Thailand den Beschluss der thailändischen Regierung zur Einrichtung eines Untersuchungsausschusses begrüßt. Die Bundesregierung hat – wie auch ihre EU-Partner, die internationale Gemeinschaft sowie der VN-Generalsekretär – wiederholt zum politischen Dialog und zur friedlichen Lösung der innenpolitischen Krise in Thailand aufgerufen.

18. Welche konkreten Projekte finanziert die FNF in welcher Höhe seit 2000, die Partnerorganisationen in Thailand fördern (bitte Auflistung der Projekte der jeweiligen Jahre mit den entsprechenden Fördersummen)?

Die Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) in Thailand wird seit dem Jahr 2000 über das Vorhaben „Förderung von Demokratie, Rechtsstaat, Pluralismus und Marktwirtschaft in Südost- und Ostasien“ vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert.

Die Fördersummen für Bildungsmaßnahmen mit Partnerorganisationen im Rahmen des Teilprojekts Thailand für die einzelnen Jahre stellen sich wie folgt dar (auf-/abgerundet auf volle Hundert):

2000:	48 000 Euro
2001:	73 400 Euro
2002:	90 500 Euro
2003:	75 800 Euro
2004:	39 500 Euro
2005:	40 700 Euro
2006:	42 500 Euro
2007:	82 800 Euro
2008:	70 600 Euro
2009:	68 000 Euro

2010 (bisher veranschlagt): 40 000 Euro (durchgeführte und noch geplante Aktivitäten)

19. Welche von diesen Projekten oder Programmen dienen direkt oder indirekt der Förderung der Democrat Party oder Organisationen aus ihrem Umfeld bzw. mit ihr kooperierenden Organisationen oder Projekten?

Auf die Anlage wird verwiesen (die entsprechenden Partner und Maßnahmen sind durch die Spalte „DP nah“ gekennzeichnet).

20. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Zusammenarbeit der FNF mit Akteuren des Putsches von 2006, mit Mitgliedern der nach der Absetzung der demokratischen Regierung 2008 eingesetzten Regierung, mit Kadern der Democrat Party und mit Parlamentariern, die die Volksbewegung PAD unterstützten (bitte konkrete Projekte auflisten)?

Die FNF hat nach Kenntnis der Bundesregierung weder im Vorfeld, noch während und nach dem Putsch eine Zusammenarbeit mit den Akteuren des Putsches gesucht. Zur Bewertung des Regierungswechsels im Dezember 2008 wird auf die Antwort zu den Fragen 1 und 2 verwiesen. Nach Absplitterung einer Parlamentariergruppe und den Wechsel kleinerer Koalitionsparteien zur DP konnte eine neue Koalitionsregierung im Parlament gebildet werden. Mit dieser Regierung – die von der DP mit getragen wird – und ihren Vertretern haben die politischen Stiftungen und die Deutsche Botschaft ständigen Kontakt und auf verschiedenen Ebenen auch eine Programmzusammenarbeit.

21. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Inhalte des von der FNF anlässlich des Besuchs des damaligen Bereichsleiters für Internationale Zusammenarbeit und Politikentwicklung 2007 veranstalteten Seminars?

Welche Haltung zum Militärputsch von 2006 wurde nach Kenntnis der Bundesregierung dort vermittelt?

Der Bundesregierung liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass die FNF mit der Veranstaltung gegen die Förderrichtlinien des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verstößen hat.

22. Hält es die Bundesregierung für angemessen, dass Vertreter der FNF der Regierung von Abhisit Vejjajiva noch während der blutigen Niederschlagung der Proteste ihre Unterstützung aussprachen, und inwiefern erkennt die Bundesregierung in einer solchen Unterstützung einen Widerspruch

zum in den Förderrichtlinien des BMZ an die Stiftungen gestellten Auftrag, einen Beitrag zu Aufbau und Festigung demokratischer Strukturen in den Partnerländern zu leisten?

Die Hohe Repräsentantin der Europäischen Union, Baroness Catherine Ashton, hat in mehreren Erklärungen ihre Besorgnis über die politische Entwicklung in Thailand zum Ausdruck gebracht und der Regierung Abhisit die Unterstützung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten als Partner bei der Konfliktbeilegung angeboten. Auch die Unterstützung, die Vertreter der FNF der Regierung von Abhisit Vejjajiva aussprachen, bezog sich nach eigenen Angaben auf die Bemühungen des Premiers, durch Kompromissangebote zu Deeskalation beizutragen und Gewalt zu verhindern. Die Bundesregierung kann insoweit keinen Widerspruch des Verhaltens der FNF zu den Förderrichtlinien des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erkennen.

23. Wie sieht die Bundesregierung die o. a. Bewertung des Militäputsches in Thailand von 2006, die auf der Webseite der FNF nachzulesen ist, durch deren Mitarbeiterin, und inwiefern steht eine solche Bewertung nach Ansicht der Bundesregierung im Einklang mit den Förderrichtlinien des BMZ?

Die (kritische) Begleitung und Kommentierung politischer Entwicklungen in internen Analysen bzw. Hintergrundpapieren, die dann über die Homepage der Stiftung veröffentlicht werden, ist Teil der Aufgaben der Stiftungsarbeit im Ausland. Im Rahmen des außenpolitischen Pluralismus, den die deutschen politischen Stiftungen im Ausland bewusst darstellen, steht es auch der FNF frei, Stellungnahmen zu innenpolitischen Geschehen im jeweiligen Gastland abzugeben.

24. Hält es die Bundesregierung für möglich, nach den Förderrichtlinien für politische Stiftungen in Deutschland Fördergelder zurückzuhalten, wenn durch die betreffende Stiftung eine Regierungspartei unterstützt wird, die von einem Putschistenregime eingesetzt wurde und die den Tod vieler unschuldiger Demonstranten verantwortet?

Die Frage stellt sich aus den oben dargelegten Gründen nicht.

25. Hat die Bundesregierung eine entsprechende Prüfung im Falle der Arbeit der FNF in Thailand in Betracht gezogen?

Wenn nein, warum nicht?

Auf die Antwort zu Frage 24 wird verwiesen.

26. Wie verträgt sich die Unterstützung einer durch das BMZ zu erheblichen Teilen mitfinanzierten politischen Stiftung für eine durch einen Putsch an die Macht gekommene Regierungspartei mit der Aussage des zuständigen Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dirk Niebel, die deutsche Entwicklungspolitik sei wertegeleitet und mit den Ansprüchen von Good Governance?

Die deutsche Entwicklungspolitik orientiert sich an den wesentlichen Zielen von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit für die Menschen in den Partnerländern. Gute Regierungsführung schafft die Bedingungen für Freiheit und steht daher im Mittelpunkt Entwicklungspolitischer Bemühungen der Bundesregierung. Auch die in Thailand von der Bundesregierung unterstützten Programme der FNF dienen diesen Zielen.

Anlage

Jahr	Kostenträger	Maschinenteile	Kurzbezeichnung	Partner	Maßnahmekosten in EUR	DP nah	Bemerkung
					0,00		
2000	Democratic Party, Strategy Planning Workshop	Democratic Party, Strategy Planning, 29.5.-16.01	Political Strategy Planning Workshop	DP	949,62	ja	
2001	TCA, Youth Participation Workshops	2 Youth Participation Workshops	2 Youth Participation Workshops	TCA	15,121,37	ja	
2003					0,00		
2004	Democratic Party, Strategy Planning Workshop	DP Strategy Planning WS, 12-15.1.04 BKK	Strategy Planning Workshop	DP	5,044,36	ja	
	TCA, Strategies for Enhancing Competitiveness	TCA: Young Democrat Thaili, Huai Hin 14-16.5.04	Workshop Strategies for Enhancing Competitiveness	TCA	2,259,70	ja	
	TCA: Young Democrat Thailand	TCA: Planungssprecher 18.4.05	Workshop Young Democrat Thailand	DP	2,008,42	ja	
2005	DP, Strategy Planning	DP: Community Management Programm-Module fuer Thailand	Strategy Planning Meeting	DP	498,01	ja	
	DP, Community Management	TCA: Youth Leadership Trainings 3 Workshops	Community Management Konzept	DP	2,507,37	ja	
	TCA: Youth Leadership Trainings	TCA: Youth Leadership Trainings	Youth Leadership Training	TCA	5,909,89	ja	Leiter TCA is DP Mitglied
2006	EU Proposal for TCA - Conflict Management	Hon. EU Proposal for TCA - Conflict Management	EU Proposal for TCA - Conflict Management	TCA	3,982,47	ja	Leiter TCA is DP Mitglied
	TCA: Southern Youth Dialogue for Peace and Dev..	TCA: Southern Youth Dialogue for Peace and Development, 15-17.8.06	Workshop Southern Youth Dialogue for Peace and Development	TCA	2,166,33	ja	Leiter TCA is DP Mitglied
	TCA: Southern Youth Think Tank Policy Formulation	TCA: Strategic Planning WS, 13-9.06 Songkhla	Southern Youth Think Tank Policy Formulation	TCA	2,149,92	ja	Leiter TCA is DP Mitglied
	TCA: Strategic Planning Workshop	TCA: Young Leadership Trainings # 1-3	Strategic Planning Workshop	TCA	2,608,51	ja	Leiter TCA is DP Mitglied
	TCA: Young Leadership Training	TCA: Young Leadership Trainings	Young Leadership Training	TCA	5,247,46	ja	Leiter TCA is DP Mitglied
2007	Beraufung: Rolle v. Parteien in demok. pol. System	Diverse / Role of parties, Bangkok 08.-11.07.07	Beraufung: Rolle v. Parteien in demok. pol. System	DP	4,824,47	ja	Leiter TCA is DP Mitglied
	TCA: Ethical issues and Community Development	Ethical issues, 12.-16.01.07 Hadyai	Workshop on Ethical Issues, 12-16.01.07 Hadyai	TCA	2,650,90	ja	Leiter TCA is DP Mitglied
	TCA: Youth's Role in Sustainable Development	Youth's Role.. 09-12.02.07 Hadyai	Workshop on Youth's Role, 09-12.02.07 Hadyai	TCA	2,783,95	ja	Leiter TCA is DP Mitglied
	TCA: Group Decision Making & Conflict Management	Grp Decision Making 27.-30.07.07 Hadyai	Workshop Decision Making 27.-30.07.07 Hadyai	TCA	3,823,59	ja	Leiter TCA is DP Mitglied
	TCA: Smart Marketing for Community Business	TCA: Smart Marketing	Workshop on Smart Marketing for Community Business	TCA	3,644,49	ja	Leiter TCA is DP Mitglied
	TCA: Governance in Local Government	Governance, 13.-16.09.07 Hadyai	Workshop on Governance, 13-16.09.07 Hadyai	TCA	5,339,53	ja	Leiter TCA is DP Mitglied
	TCA: Strategic Planning	TCA: Strategic Planning 20.-22.10.07 Hadyai	Workshop on Strategic Planning 20-22.10.07 Hadyai	TCA	3,006,33	ja	Leiter TCA is DP Mitglied
	DP: Strategieentwicklung u. Kampagnenmanagement	DP: Strategy Planning 16.-17.08.07	Workshop DP Strategy Planning 16-17.08.07	DP	3,281,30	ja	
2008	DP: Strategy Planning Workshop, 11-19.08.08 BKK	DP Strategy WS 12-19.08.08 BKK	DP Strategy Workshop 12-19.08.08 BKK	DP	3,906,99	ja	
2009	DP: Org. Dev. in a Changing Political Environment	DP: Org. Dev. 22.-26.08.09 BKK	Workshop DP Org. Dev 22.-26.08.09 BKK	DP	2,718,59	ja	
	DP: Strengthening DP Youth Wing	DP Youth Wing WS 05-07.10.09 BKK	Workshop DP Youth Wing WS 05-07.10.09 BKK	DP	3,895,32	ja	
					0,00		

Zusammenfassung:

Ausgaben in EUR

1. Maßnahmen mit Hauptpartnern - nicht DP nah:
 2. Maßnahmen in Eigenregie
 3. Maßnahmen mit der DP oder DP nahem Partner

Gesamtsumme der hier gelisteten Aktivitäten

68,21%
 18,21%
 13,77%

100,00%

426,923,72
 112,774,91
 86,180,37

625,879,00

